

Antrag der Fraktion der CDU

Arbeitsfähigkeit von Kinderschutzeinrichtungen in Bremen sicherstellen

Der Kinderschutzbund, Schattenriss, das JungenBüro und das Mädchenhaus leisten in der Stadtgemeinde Bremen wertvolle Arbeit im Bereich des Kinderschutzes. Mädchen und Jungen, die Opfer sexueller, körperlicher oder seelischer Gewalt geworden sind oder zu Hause vernachlässigt werden, finden bei diesen Organisationen Beratungsangebote und Hilfen, die präventiv wirken, ihnen Schutz bieten und ihnen aus akuten Krisensituationen helfen. Viele der Angebote stehen vor Ort, telefonisch oder online zur Verfügung.

Alle im Bereich Kinderschutz aktiven Organisationen kämpfen seit Jahren mit einer verstärkten Nachfrage ihrer Beratungsangebote. Traumatisierte Kinder und Jugendliche werden auf Wartelisten geführt. Zunehmend schwierige Lebens- und Familienverhältnisse der Kinder und Jugendlichen und zum Teil gewaltbereite Erziehungsberechtigte haben in den letzten Jahren auch zu einem steigenden Personalbedarf geführt.

Demgegenüber steht – mit wenigen Ausnahmen – die Stagnation der öffentlichen Zuschüsse. Die finanziellen Zuwendungen der Stadtgemeinde Bremen wurden zum Teil seit zwei Jahrzehnten nicht angepasst. Das Spendenaufkommen ist für die genannten Institutionen ein nicht kalkulierbarer Faktor, mit dem verlässliche Planungen schwierig sind. Benötigte und nachgefragte Beratungsangebote im Bereich Kinderschutz müssen auskömmlich finanziert werden. Die Stadtgemeinde Bremen kann sich die langfristigen Folgekosten nicht erfolgter Beratungen und Hilfen im Bereich Kinderschutz nicht leisten.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bei der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2014/2015 eine auskömmliche Finanzierung der Kinderschutzeinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen sicherzustellen.

Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU